



Kurzb e r i c h t (n e u)

über die

37. Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses

am Mittwoch, dem 29. September 2010,
Sitzungszimmer 383 des Landtages

Beginn: 10:05 Uhr

Der Ausschuss beriet ausführlich über die Anträge zum **Rundfunkgebühren-Staatsvertrag**, Drucksachen 17/488, 17/548, 17/556 und 17/558, und bat die Landesregierung, ihn über das weitere Verfahren auf dem Laufenden zu halten.

Er beschloss, zum Gesetzentwurf der Landesregierung zum **Vierzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag**, Drucksache 17/744, eine mündliche Anhörung durchzuführen. Die Fraktionen wurden gebeten, ihre Anzuhörenden innerhalb einer Woche zu benennen.

Nach einer Aussprache empfahlen die Ausschussmitglieder dem Landtag mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN sowie bei Enthaltung des SSW, den Antrag der Fraktion der SPD, **Journalistische Unabhängigkeit sicherstellen**, Drucksache 17/807, abzulehnen.

Der Ausschuss nahm sodann Berichte des Innenministeriums zur **Ausstattung der Polizei u.a. mit Computern und Internetanschluss**, zur **Leitstelle Nord** und über die **Demonstrationen in Lübeck am 27. März 2010** entgegen. Hieran schloss sich jeweils eine Aussprache an.

Der Gesetzentwurf der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE zur Änderung des **Allgemeinen Verwaltungsgesetzes für das Land Schleswig-Holstein**, Drucksache 17/251, wurde mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und SSW gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE dem Landtag zur Ablehnung empfohlen.

Der Ausschuss beschloss, auch zum Bericht der Landesregierung, **Jugendkriminalität in Schleswig-Holstein - Schaffung einer Jugend-Taskforce**, Drucksache 17/665, eine mündliche

Anhörung durchzuführen. Die Fraktionen wurden gebeten, ihre Anzuhörenden und gegebenenfalls noch zusätzliche Fragen und Themenschwerpunkte innerhalb einer Woche gegenüber der Geschäftsführerin des Ausschusses zu benennen.

Er schloss außerdem seine Beratungen zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Ausführung des Zensusgesetzes 2011**, Drucksache 17/596, ab. Der Änderungsantrag des SSW, Umdruck 17/1017 in geänderter Fassung, wurde mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW abgelehnt. Mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP bei Enthaltung der Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW empfahl der Ausschuss dem Landtag die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs der Landesregierung zur Ausführung des Zensusgesetzes 2011, Drucksache 17/596.

Der Ausschuss beriet über den Antrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW, **Neugliederung der Verwaltung in Schleswig-Holstein**, Drucksache 17/604 (neu), und nahm für seine weiteren Beratungen den 3. November 2010 in Aussicht.

Die Ausschussmitglieder kamen überein, zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Reform der Vermessungs- und Katasterverwaltung**, Drucksache 17/701, eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Die Anzuhörenden sollen von den Fraktionen innerhalb einer Woche benannt werden. Außerdem bat der Ausschuss die Landesregierung um die Zuleitung der Kabinettsvorlage zu diesem Thema aus dem April 2009.

Seine Beratungen zu den Vorlagen zum **Landeswahlgesetz**, Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/10, und Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/669 (neu); zum Gesetzentwurf der Fraktion des SSW zur **Minderheiten- und Sprachförderung im kommunalen Bereich**, Drucksache 17/552, und zum Antrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, DIE LINKE und SSW, **Abschiebungen in das Kosovo aussetzen - Roma und Ashkali dürfen nicht in eine unzumutbare Situation abgeschoben werden!**, Drucksache 17/520, vertagte der Ausschuss.

Er schloss seine Beratungen zu den Vorlagen im Zusammenhang mit dem Thema „**Ausbau der Windenergie voranbringen**“ ab und empfahl dem federführenden Wirtschaftsausschuss mit den Stimmen von CDU, FDP und SSW gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN sowie bei Enthaltung der SPD, dem Landtag die Annahme des Antrags der Fraktionen von CDU und FDP, Drucksache 17/272, zu empfehlen. Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN bei Enthaltung des SSW empfahl er ihm außerdem, dem Landtag die Ablehnung des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/312, zu empfehlen. Der Antrag der

Fraktion des SSW, Drucksache 17/303, wurde vom Antragsteller zurückgezogen.

Im Zusammenhang mit den Beratungen zum Antrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW, **Frauen in Führung**, Drucksache 17/690 (neu), wurde ein Antrag auf Durchführung einer Anhörung mehrheitlich abgelehnt. Der Ausschuss nahm in Aussicht, seine Beratungen auf einer seiner nächsten Sitzungen fortzusetzen.

Die Ausschussmitglieder nahmen einen Bericht des Justizministers zur **Inhaftierung eines deutschen Staatsbürgers in Syrien**, Antrag der Abg. Luise Amtsberg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Umdruck 17/1248, entgegen.

Mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, gegen die Stimmen der LINKEN und des SSW empfahl der Ausschuss dem federführenden Finanzausschuss, dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfs der Landesregierung zur Änderung des **Spielbankgesetzes**, Drucksache 17/793, in geänderter Fassung zu empfehlen.

Zu den Vorlagen im Zusammenhang mit dem **Jugendfreiwilligendienst**, Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/682 (neu), Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP, Drucksache 17/725, und Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/707, schloss sich der Ausschluss mit den Stimmen aller Fraktionen bei Enthaltung der LINKEN der Empfehlung des beteiligten Europaausschusses und des beteiligten Sozialausschusses an, den Antrag in der Drucksache 17/725 dem Landtag in geänderter Fassung zur Annahme zu empfehlen. Die Anträge in den Drucksachen 17/682 (neu) und 17/707, sollen vor diesem Hintergrund von den Antragstellern zurückgezogen werden.

Zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, **Homophobie aktiv bekämpfen!**, Drucksache 17/502, nahm der Ausschuss die Empfehlung des beteiligten Sozialausschusses auf, eine schriftliche Anhörung durchzuführen.

Ein Antrag auf Durchführung einer Anhörung zum Antrag der Fraktion des SSW, **Unabhängige Richteruntersuchungen zu Beweiserhebungen im Rahmen der Parlamentarischen Untersuchungsausschüsse**, Drucksache 17/752, wurde mehrheitlich abgelehnt. Mit den Stimmen von CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN gegen die Stimme des SSW und bei Enthaltung der SPD empfahl der Ausschuss in der anschließenden Sachabstimmung dem Landtag die Ablehnung des Antrages der Fraktion des SSW, Drucksache 17/752.

Nach einer kurzen Aussprache beschloss der Ausschuss einstimmig, dem Landtag die Erledigung des Antrags der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die LINKE und SSW, **Unterstützung der Berliner Bundesratsinitiative zur Öffnung der Ehe für Personen**

gleichen Geschlechts, Drucksache 17/819 (neu) 2. Fassung, zu empfehlen.

Er nahm in Aussicht, in seiner Sitzung am 27. Oktober 2010 seine Beratungen zum **Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Geodateninfrastrukturgesetz**, Drucksache 17/775, fortzusetzen und hierzu den Datenschutzbeauftragten des Landes einzuladen.

Der Ausschuss diskutierte kurz über den Entwurf der **Terminplanung für das erste Halbjahr 2011**, Umdruck 17/1244, und beschloss, die Terminplanung bis Ende November abzuschließen.

Einstimmig empfahl er dem Landtag die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs der Landesregierung zur **Einführung eines Hinterlegungsgesetzes und zur Änderung des Landesjustizverwaltungskostengesetzes**, Drucksache 17/792.

Die Ausschussmitglieder nahmen in Aussicht, am Mittwoch, dem **6. Oktober 2010**, 14:30 Uhr während der Plenartagung eine zusätzliche Sitzung durchzuführen. Der in der Sitzungsplanung vorgesehene Sitzungstermin des Ausschusses am **10. November 2010** entfällt.

Der Ausschuss nahm in Aussicht, sich in einer seiner nächsten Sitzungen abschließend mit den Vorlagen zum Thema Clearingstelle für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, Drucksachen 17/178 (neu) und 17/436, zu beschäftigen. Außerdem soll das Thema „Medienarbeit der Landesregierung“ auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Schluss: 16:15 Uhr

gez. Dörte Schönfelder